



Liebe Freundinnen und Freunde von GiB,

im Jahr 2014 wurde die Debatte um Öffentlich-Private Partnerschaften so intensiv geführt wie lange nicht: Gleich zu Jahresbeginn lief der Film „Der geplünderte Staat“ von Stefan Aust und Thomas Ammann im Fernsehen. Wir haben für den Film viele Hintergrundinformationen beige-steuert und kamen auch selbst zu Wort. Eine weitere Welle der Berichterstattung löste der Bundesrechnungshof aus. Er konstatierte in seinem Mai-Gutachten, dass ÖPP auf Autobahnen schlicht unwirtschaftlich ist. Daraufhin erklärte Sachsen-Anhalt den Verzicht auf weitere ÖPPs und löste auch die landeseigene ÖPP-Lobby-Agentur auf. Insgesamt sank die Zahl der ÖPPs in den Ländern und bei den Kommunen auf den historischen Tiefststand von insgesamt vier Projekten. Wäre das Jahr im Juli zu Ende gewesen – wir hätten uns kaum eine erfolgreichere Bilanz wünschen können.

Doch im August startete Wirtschaftsminister Gabriel eine Gegeninitiative: Eine geheim tagende „Expertenkommission“ sollte die Privatisierung der Daseinsvorsorge vorantreiben. Das Ziel: neue ÖPP-Projekte in viel größerem Umfang und mit den Versicherungen als neuen Akteuren im ÖPP-Geschäft. Sofort begannen wir zu dem neuen ÖPP-Vorstoß und zur Kommission so viele Informationen zu sammeln und zu verbreiten wie nur möglich. Daraufhin häuften sich Medienberichte zum Thema, so dass wir noch mehr damit zu tun bekamen, Informationen und auch Analysen an Journalisten zu vermitteln.

Solche Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig: Wenn nicht debattiert wird, kann die Regierung ihre Pläne ohne nennenswerten Widerstand durchsetzen. Aber wir wollen das neue Privatisierungsvorhaben in 2015 nicht nur diskutieren, sondern auch aufhalten. Dazu haben wir die neue Kampagne „Keinen Ausverkauf unserer Infrastruktur an Versicherungen und Banken!“ gestartet. Mit Ihrer Hilfe können wir es schaffen, die Ausweitung von ÖPP zu verhindern und zu einer demokratischen Kontrolle der Gemeingüter zu kommen.

Mit dieser optimistischen Einschätzung grüßen Sie

Laura Valentukeviciute und die Aktiven von GiB

INHALTSVERZEICHNIS

I. Unsere Arbeitsschwerpunkte	2
II. Veranstaltungen und Diskussionen	3
III. Öffentlichkeitsarbeit.....	3
IV. Kommunikation und Vernetzung	4
V. Finanzen	5
VI. Wie weiter?.....	7

I. UNSERE ARBEITSSCHWERPUNKTE

Wir legten den Schwerpunkt 2014 auf **Presse-, Informations- und Bildungsarbeit**. Dazu **recherchierten** wir intensiv, führten **Hintergrundgespräche** und informierten die Öffentlichkeit über aktuelle Entscheidungen und Ereignisse. Dabei half uns die Pflege intensiver Kontakte mit PolitikerInnen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Wir konnten unsere Argumente gegen ÖPP in Gesprächen und Korrespondenz ausführlich darlegen und für parlamentarische Anfragen nutzbar machen.

Unsere drei **inhaltlichen Schwerpunkte** in 2014 waren:

- **Privatisierungen im Verkehrsbereich:** Folgen der formellen Privatisierung bei der Deutschen Bahn AG sowie die ÖPP-Projekte beim Autobahnbau und -Betrieb
- **ÖPP und Schuldentransparenz:** Die Verschleierung von Schulden durch ÖPP im Zuge der "Schwarze-Null"-Politik der Bundesregierung
- Die neue **ÖPP-Kommission von Sigmar Gabriel** und die Vorstöße der Bundesregierung, privatem Kapital den Weg in öffentliche Infrastrukturen zu bereiten

Unsere Informationen und Positionen fanden den Weg in die Medien: In der Folge entstand eine verstärkte gesellschaftliche Wahrnehmung und Debatte, insbesondere eine überwiegend kritische Berichterstattung zu ÖPP. Nicht zuletzt dieser Entwicklung ist auch die schwindende Popularität der privaten Investitionsmodelle geschuldet, die sich auch im Rückgang der Zahl von ÖPP-Projekten bei den Ländern und in den Kommunen ausdrückt.

Unsere Aktivitäten im Einzelnen:

- Das Thema **ÖPP und Autobahn** stellt für uns seit 2013 einen wichtigen Arbeitsbereich dar. Im vergangenen Jahr haben wir wiederholt auf die absurd anmutenden Pläne des Verkehrsministeriums aufgemacht, nach denen Bau- oder Sanierungsprojekte privatisiert werden *müssen*, auch wenn dadurch für die öffentliche Hand mehrere Milliarden Euro Mehrkosten entstehen. Im Rahmen unserer Kampagne verfassten wir einen offenen Brief und sammelten Unterschriften. Wir traten in einen Dialog mit dem Rechnungsprüfungsausschuss, unter anderem mit deren Vorsitzender Bettina Hagedorn, der wir - ebenso wie dem Bundesverkehrsministerium - einen Fragenkatalog vorlegten. Während der Rechnungsprüfungsausschuss unsere Fragen beantwortete, hüllt sich das Verkehrsministerium in Schweigen. Wir werden nachhaken!
- Zum Thema **Bahnprivatisierung** haben wir im Rahmen der Bahnkonferenz „20 Jahre Bahnreform – 20 Jahre Stuttgart 21“ im April in Stuttgart einen Workshop angeboten und dazu einen umfangreichen Reader herausgebracht. Außerdem haben wir in Zusammenarbeit mit dem Bündnis „Bahn für Alle“ einen Offenen Brief an Angela Merkel verfasst und eine

Unterschriftenaktion mit der Forderung der Demokratisierung der Bahn gestartet. Ebenfalls in Kooperation mit dem Bündnis „Bahn für Alle“ beteiligten wir uns an mehreren Aktionen gegen die geplante Abschaffung der Nachtzüge.

- Keine **Schuldenverschleierung durch ÖPP**: Wir haben die Themen Sparzwänge durch die "Schwarze-Null"-Politik der Bundesregierung und ÖPP als Instrument zur Schuldenverschleierung in Verbindung gebracht. In Kooperation mit ver.di veranstalteten wir im Juni eine Pressekonferenz unter dem Titel „ÖPP ist Teil des Problems, nicht der Lösung“. Darin stellten wir dar, wie das Verstecken von öffentlichen Schulden mittels ÖPP gefördert wird. Zeitgleich starteten wir unseren Aufruf: „Keine Tricks: ÖPP-Schulden offenlegen“.
- Die **Offenlegung der neuen Privatisierungsoffensive der Bundesregierung** hat in der zweiten Jahreshälfte 2014 einen großen Raum eingenommen und wird uns auch weiter beschäftigen. Hier haben wir intensive Recherche betrieben und unsere Ergebnisse in einem Workshop an JournalistInnen weitergegeben, der tatsächlich die Berichterstattung zum Thema erfolgreich anstieß. Wir haben den organisatorischen Rahmen für eine Kampagne zur Gabriel-Kommission geschaffen. 2015 soll diese Kampagne an Fahrt gewinnen. Hierfür planen wir eine eigene Aktionsseite, Argumentationshilfen, eine Briefkampagne an Abgeordnete und öffentlichkeitswirksame Aktionen.

II. VERANSTALTUNGEN UND DISKUSSIONEN

Wir haben unsere inhaltliche Arbeit und Kritik in zahlreichen **lokalen und internationalen Veranstaltungen** vorgestellt und uns dabei mit anderen Aktiven ausgetauscht. Besonders hervorheben möchten wir die Treffen und Gespräche mit Menschen aus Frankreich, Großbritannien, Moldawien, Polen, Ungarn, Marokko oder Tunesien. Dazu waren wir in Paris, Stockholm, London und Leipzig.

Die Probleme mit internationalen ÖPP-Projekten und die Privatisierungspläne des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker haben wir gemeinsam mit Urgewald und WEED, die ebenfalls zu diesem Thema arbeiten, in zwei GiB-Infoabenden zum Thema gemacht.

Insgesamt haben wir 2014 fünf Veranstaltungen organisiert und an zwölf Diskussionen teilgenommen. Einen wichtigen Baustein unserer Informationsarbeit stellt die neu entwickelte und im letzten Jahr in erster Saison umgesetzte **privatisierungskritische Stadttour „Wem gehört Berlin?“** dar. Dieses Format hilft uns, mehr Menschen einen neuen Zugang zum Thema Privatisierung zu ermöglichen.

Und last but not least haben wir unsere Kritik auch öffentlich sichtbar gemacht: Am 5. Dezember protestierten wir zusammen mit den aus Göttingen angereisten Straßenwärter vor dem Bundestag. Die **Aktion**, mit der wir sogar im ARD-Magazin Plusminus landeten, wandte sich gegen die ignorante Haltung des Verkehrsministeriums, die Kritik des Bundesrechnungshofs zu negieren und den Ländern ÖPP als alternativlos vorzuschreiben.

III. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

2014 haben wir 40 **Blogbeiträge** für unsere Webseite geschrieben, aber auch viele **Gastbeiträge** verfasst und sind zudem einige **Medienkooperationen** eingegangen. Ein wichtiger Beitrag im vergangenen Jahr war die ARD-Dokumentation „Der geplünderte Staat“. Als ExpertInnen kamen wir

in der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte“ in der Ausgabe „Klare Sicht auf TTIP“ im Beitrag „TTIP: Motor für Privatisierung und Public Private Partnership“ zu Wort.

Desweiteren wurden wir u.a. bei den Nachdenkseiten mit dem Artikel „Privatinvestitionen und Daseinsvorsorge sind ein Widerspruch“ rezipiert, sowie in der taz im Artikel „Kooperation von Privat und Staat“. Ein unerwartetes Lob erhielten wir durch die FAZ im Artikel „Schulden machen, ohne Schulden zu machen“ – die von dieser Seite unerwartet deutliche Kritik an ÖPP stützt sich auf ein Zitat von uns. Die Links zu den Beiträgen findet ihr auf unserer Website oder auf den jeweiligen Websites und Blogs.

Eine wichtige Veröffentlichung sind unsere **Infobriefe**, die alle sechs bis acht Wochen erscheinen und eine Einschätzung zu den neuesten Entwicklungen sowie die Presseschau mit ausgesuchten Medienbeiträgen beinhalten. Die Infobriefe können auf unserer Website unter Infobrief jederzeit nachgelesen werden. Dort kann man sich auch für den Infobrief anmelden.

GiB-Faktenblätter sind ein weiteres Format unserer Veröffentlichungen. Sie stellen eine ausführliche Informationsquelle zu ÖPP dar, die aber viel Recherchearbeit und Aufwand bei der Erstellung erfordern. In 2014 sind fünf Faktenblätter erschienen: Nr. 12 „Vier Hauptpunkte der Diskussion zu PPP“, Nr. 13. „Autobahn-PPP“, Nr. 14: „PPP in Rathäusern“, Nr. 15 „Projekt-Bond-Initiative“, Nr. 16 „Die neue Privatisierungsoffensive: Gabriels ÖPP-Kommission“. Alle bisher herausgegebenen Faktenblätter sind auf unserer Website unter „Material“ zu finden.

IV. KOMMUNIKATION UND VERNETZUNG

Auch im Jahr 2014 haben wir darauf Wert gelegt, die Kooperationen mit anderen Organisationen auszubauen, um unsere öffentliche Wahrnehmbarkeit und Wirksamkeit zu erhöhen. Im Einzelnen sind wir bei folgenden Projekten und Themen Kooperationen eingegangen:

- Bahnprivatisierung gemeinsam mit dem Bündnis „Bahn für Alle“ und dem Berliner S-Bahn-Tisch
- Autobahn-ÖPP mit dem Verband deutscher Straßenwärter (VdSTra)
- Umgehung der Schuldenbremse und Analyse der Rechnungshof-Berichte mit ver.di/Fachbereich Gemeinden
- Wasserprivatisierung mit dem Berliner Wassertisch, der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) und dem ver.di Unterstützerkreis der Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ (EBI)
- Internationale ÖPP-Projekte mit Urgewald und WEED, attac Frankreich und European Services Strategy Unit (ESSU) aus Großbritannien
- Tagung „Für starke, demokratische und solidarische Kommunen“ in Erfurt mit der attac AG Kommunen
- Stadttour „Wem gehört Berlin?“ mit den attac-AGen Privatisierung und Argumente
- Unterstützung beim Vertrieb der privatisierungskritischen Dokumentation „Wer rettet Wen?“ mit dem Filmkollektiv Kernfilm
- Mitgliedschaften: Bündnis „Bahn für Alle“, Stadt von Unten, Bündnis zur Verteidigung der kommunalen Selbstbestimmung Heiligenhafen, Netzwerk Selbsthilfe, Initiative Transparente Zivilgesellschaft

V. FINANZEN

Im Jahr 2014 haben wir es geschafft, soviel Geld für unsere politische Arbeit zusammen zu bekommen, wie wir es uns auch als Ziel gesetzt hatten - darüber haben wir uns sehr gefreut. Allerdings waren die Einnahmen noch unregelmäßig: Gegen Jahresmitte mussten kürzer treten und unter anderem den geplanten Druck eines Flyers absagen. Unsere finanzielle Decke ist immer noch dünn und wir hoffen, dass wir sie im Jahr 2015 soweit aufpolstern können, dass die Kontinuität unserer Arbeit nicht mehr gefährdet ist.

Eine detaillierte Übersicht über unsere Einnahmen, Ausgaben und den Ausblick für 2014 ist auf Seite 6 zu finden. Im Folgenden eine Darstellung der wichtigsten Posten.

EINNAHMEN

Persönliche Förderungen und Spenden:

Auch dieses Jahr ist die Zahl der Fördermitglieder und PatInnen weiter gestiegen, wir haben auf diesem Weg Einnahmen in Höhe von 15.343 Euro erzielt. Das freut uns sehr, weil uns insbesondere diese regelmäßigen Einnahmen Planungssicherheit im finanziellen wie im politischen Sinne verschaffen. Die Zahl unserer Fördermitglieder, die uns mit Beiträgen bis zu 100 Euro monatlich unterstützen, liegt inzwischen bei 29. Außerordentlich stark ist 2014 die Zahl der einmaligen und Dauer-Spenden gestiegen – von 35 auf 61, sie haben uns mit insgesamt 34.587 Euro unterstützt. Wir führen das vor allem darauf zurück, dass GiB im Jahr 2014 medial eine große Reichweite erreichte. Besonders stark ist die Spendenanzahl im Herbst und vor Weihnachten gestiegen, was nicht zuletzt auf großes Interesse an unserer Arbeit zur „ÖPP-Kommission“ von Sigmar Gabriel zurückzuführen ist. Das ist eine für uns wichtige Würdigung unserer Arbeit, für die wir allen UnterstützerInnen danken möchten!

Stiftungen:

Insgesamt konnten wir 11.443 Euro bei folgende Stiftungen einwerben: Netzwerk Selbsthilfe e.V. (670 Euro und 656 Euro), Stiftung Menschenwürde Arbeitswelt (464 Euro und 3.182 Euro), Verein der Bundestagsfraktion Die Linke e.V. (450 Euro), Stiftung BGAG Walter Hesselbach (5.000 Euro) und Rosa-Luxemburg Stiftung (1.000 Euro). Mit den Geldern wurde unsere Arbeit an folgenden Projekten ermöglicht: Für die Entwicklung und Umsetzung der Stadttour „Wem gehört die Welt?“, für die Weiterarbeit am ÖPP-Archiv, für das Druckmaterial zur ÖPP-Kommission von Gabriel sowie für unsere Arbeit im Bereich Privatisierung und ÖPP im Verkehrswesen.

Sonstiges:

Durch den Verkauf von Materialien und durch Vorträge haben wir vergangenes Jahr 1.462 Euro eingenommen. Bezahlte Gutachten, die unter der gleichen Position summiert werden, haben wir 2014 entgegen unserer Planung nicht eingeworben und die zugehörige Zeit stattdessen in die Recherchen zur Gabriel-Kommission gesteckt. Das wurde möglich, weil wir zu dem neuen Thema über die Einzelspenden so viele Mittel hatten, dass die Mindereinnahmen dadurch ausgeglichen werden konnten.

AUSGABEN

Unsere Ausgaben sind – ebenso wie die Einnahmen – sowohl im Vergleich mit dem Vorjahr als auch im Vergleich mit den Planzahlen, gestiegen. Wir konnten mit unserem Ressourceneinsatz auch politisch mehr bewegen als im Vorjahr: Unsere Kritik an ÖPP und ihrer Lobby kam besser in die Öffentlichkeit, was sich auch in einer gestiegenen Anzahl an kritischen Artikeln, Reportagen und Interviews widerspiegelte.

Der größte Ausgabenposten sind die Gehälter und Honorare. Dort haben wir die wöchentliche Arbeitszeit im Bereich Koordination und Öffentlichkeitsarbeit von 20 auf 30 Stunden dabei aufgestockt, in den Bereichen Technik und Fundraising haben wir ebenfalls deutlich erhöht. Wir sind bewusst vom Plan abgewichen, um der Dynamik der neuen Entwicklung mit der Gabriel-Kommission gerecht zu werden.

Die Sachkosten haben sich leicht verringert, hier haben wir versucht zu sparen. Die Reisekosten sind vor allem deswegen niedriger ausgefallen, weil sie für uns von den Veranstaltern übernommen worden sind.

Einnahmen- und Ausgabentabelle

Einnahmen	Ist 2014	Soll 2015
Bewegungsstiftung	0	0
GiB-(Gründungs-) PatInnen	10.791	11.300
Fördermitglieder	4.552	7.000
Spendenaufrufe	34.587	40.000
Stiftungen u. a. Fördereinrichtungen	11.423	12.000
Materialien, Vortragshonorare, Gutachten	1.462	2.500
Gesamtsumme Einnahmen	62.814	72.800
Übertrag	10.836	16.317
Ausgaben		
Personal	Ist 2014	Soll 2015
Gehalt	-31.906	-34.000
Regelmäßige Honorare / Gehalt	-14.197	-24.000
Honorare zu einzelnen Aufträgen		-4.000
Zuwendungen für PraktikantInnen	0	-1.500
Zwischensumme Personalkosten	-46.103	-63.500
Sachkosten	Ist 2014	Soll 2015
Büro-Miete	-2.870	-4.500
Büro-Material	-200	-300
Telekommunikation und Web	-1.252	-1.300
Kontokosten	-354	-450
Porto und Versand	-1.961	-5.100
Druckkosten Spendenbriefe	-318	-3.300
Reisekosten, Fachliteratur	-1.077	-2.000
Publikationen	-1.053	-1.000
Material für Aktionen	-412	-500
Rechtskosten	0	-50
Ausstattung: PC, Büromöbel etc.	0	-500
Zinslose Kredite	-1.730	0
Rücklagenbildung		-3.000
Zwischensumme Sachkosten	-11.229	-22.000
Gesamtausgaben Pers. u. Sachkosten	-57.332	-85.500
Saldo inklusive Übertrag	16.317	3.617

VI. WIE WEITER?

In der ersten Jahreshälfte 2015 wollen wir verhindern, dass Gabriel, Schäuble und Dobrindt den Einstieg privater Investoren als alternativlos und selbstverständlich nutzbringend darstellen können.



Wir werden die Vorschläge der sogenannten **ÖPP-Kommission** auf inhaltlicher Ebene delegitimieren und die Privatisierungspläne der Bundesregierung politisch skandalisieren. Höhepunkt dieses Regierungsvorhabens werden vermutlich die Ergebnisvorstellung der Gabriel-Kommission und der Investitionskongress des Bundeswirtschaftsministeriums im April sein. Im Anschluss wird die Finanz- und Versicherungsbranche aller Voraussicht nach Vorschläge zu **Gesetzesänderungen** vorlegen – auch zu Grundgesetzänderungen. Dazu kommt vermutlich die Anregung der Gründung privatisierungskompatibler Strukturen wie einer "Autobahnprivatisierungsverwaltung" und zugehöriger Anlagefonds. Wir wollen offenlegen, dass dahinter die einseitigen Interessen privater Kapitalanleger stehen.

Unsere weiteren Pläne und Betätigungsfelder für das Jahr 2015:

- Wir werden die **internationalen Entwicklungen in Bezug auf ÖPP** gemeinsam mit unseren Kontakten, v.a. in Großbritannien und Frankreich in Deutschland bekannt machen. „Project Bonds“ (internationale ÖPP-Projekte) und der Juncker-Investitionsplan bilden den europäischen Rahmen auch für die ÖPPs in Deutschland. Was uns droht, mussten andere Länder schon erleben – nur wissen davon bisher wenige. Für März haben wir deswegen den britischen ÖPP-Kritiker Dexter Whitfield eingeladen und werden gemeinsam mit ihm mehrere Veranstaltungen bestreiten.
- Wir wollen unsere Arbeit am **ÖPP-Register** soweit bringen, dass die zahlreichen Negativbeispiele allgemein abgerufen werden können und es JournalistInnen und Bürger-Initiativen damit möglich ist, die "ÖPP-ist-wirtschaftlicher"-Behauptungen konkret zu widerlegen.

Das Budget für die geplanten Aktivitäten beläuft sich auf rund 85.000 Euro. Um diese Summe zu erreichen und die Aktivitäten durchführen zu können, brauchen wir Ihre Hilfe.

UNTERSTÜTZEN SIE AUCH IM JAHR 2015 DIE ARBEIT VON GIB! JEDE SPENDE HILFT!

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT DURCH WEITERE SPENDEN!

Wir haben im neuen Jahr viel vor: Es gilt, die ÖPP-Pläne der Bundesregierung zu Fall zu bringen. Unsere Gemeingüter dürfen nicht privaten Interessen geopfert werden! Wir machen mobil gegen die geheim tagende Gabriel-Kommission, die eine Infrastrukturprivatisierung großen Stils vorbereitet. Gegen diese starken Gegner müssen wir stark auftreten. Dazu brauchen wir auch weiterhin Ihre Unterstützung.

Wenn möglich, unterstützen Sie bitte Gemeingut in BürgerInnenhand auch mit einer zusätzlichen Einzelspende!

SPENDENKONTO:

Empfänger: Gemeingut in BürgerInnenhand
IBAN: DE20 43060967 1124229100
BIC: GENODEM 1 GLS
GLS Bank

ONLINE SPENDEN:

Geht ganz bequem unter
www.gemeingut.org/spenden



Bild: Kostas Koufogiorgos